

# Parlamentsnews

## Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

Ardaggerstraße 28  
A-3300 Amstetten  
Telefon: +43 7472-621 81 6  
Mobil: +43 676 35 85 402  
E-m@il: [ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at](mailto:ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at)  
[www.ulrike.spoe.at](http://www.ulrike.spoe.at)



## Gemeinsam Partei ergreifen

Liebe Genossinnen, Liebe Genossen!

### Die wichtigsten Themen im Februar

Den Beginn machte eine Aktuelle Stunde der NEOS mit dem Titel: „**Unser Pensionssystem ist schrottreif – echte Lösungen statt falscher Versprechen**“. Einmal mehr forderten die NEOS dabei eine **Pensionsautomatik**, die das Pensionsantrittsalter an die steigende Lebenserwartung koppelt. Gleichzeitig verlangten sie auch erneut eine **raschere Anhebung des Frauenpensionsalters**.

Was die NEOS in dieser Debatte nur zu gerne übersehen ist, dass bereits jetzt Reformen greifen, die sie so gerne negieren. Das für 2018 gesetzte Ziel der Erhöhung des tatsächlichen **Pensionsantrittsalters auf 60,2** Jahre wurde bereits **jetzt erreicht**. Und auch eine Pensionsautomatik würde nichts an der Tatsache ändern, dass bereits jetzt um die 20% der Menschen zum Zeitpunkt ihres Pensionsantritts nicht mehr im Erwerbsleben stehen. Sie wechseln aus der Arbeitslosigkeit oder dem Krankenstand in die Pension und könnten auch durch einen späteren Antrittszeitpunkt nicht zur Einsparung des Systems beitragen.

Man muss also **Arbeitsplätze für Menschen über 50** schaffen und dafür Vorsorge treffen, dass die Menschen die Pension gesund antreten können, bevor eine Erhöhung des Antrittsalters überhaupt einen Sinn ergibt.

Das **Umlageverfahren** funktioniert bereits seit 60 Jahren sehr gut und gerade die **ASVG-Versicherten finanzieren ihre Pension zu 90% selbst**. Die Zuschüsse, die es von staatlicher Seite her gibt sind notwendig um Ersatzzeiten, wie etwa Kinderbetreuungs- und Wehrdienstzeiten zu finanzieren und stellen damit ein wichtiges Instrument gegen Altersarmut dar.

Die Tagesordnung begann danach mit einem Beschluss des Unterrichtsausschusses. Das Bundesgesetz über den **nationalen Qualifikationsrahmen** (NQR-Gesetz) geht auf eine EU Empfehlung zurück, die eine bessere Vergleichbarkeit der nationalen Qualifikationen auf europäischer Ebene anstrebt. Dafür wurden **acht Niveaus** definiert (von Pflichtschule bis akademische Ausbildung), die eine Zuordnung der einzelnen Qualifikationen erleichtern sollen. Die Veröffentlichung in einem Register dient dabei ausschließlich der Information und bringt keine Berechtigungen mit sich. Es wird damit allerdings die Unsicherheit beseitigt, welche Art der Qualifikation eine Weiterbildung mit sich bringt.

Aus dem Bautenausschuss wurde das **2. Mietrechtliche Inflationslinderungsgesetz** beschlossen. Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich **eine Erleichterung für Mieterinnen und Mieter von Altbauwohnungen**. Diese zahlen so genannte **Richtwertmieten**, die alle 2 Jahre an die Inflation angepasst werden. Die SPÖ konnte erreichen, dass die für dieses Jahr anstehende Erhöhung ausgesetzt wird, da die Mietzinsniveaus ohnehin im Steigen begriffen sind. Das bringt eine Erleichterung für rund 300.000 Mieterinnen und Mieter in Altbauten.

---

Weiterführende Infos unter <http://ulrike.spoe.at/index.php?pid=2261&id=51071>



# Parlamentsnews

## Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

### Weitere Beschlüsse und Aktionen

Aus dem Petitionsausschuss wurde dem Plenum ein Sammelbericht zur Kenntnis gebracht. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen hat zwei Möglichkeiten die eingebrachten Bürgeranliegen zu behandeln: Das sind die Kenntnisnahme nach Beratung und die Zuweisung an einen Fachausschuss. Die Themenpalette ist wie immer bunt gemischt und reicht von aktuellen Themen wie Asyl und Mindestsicherungskürzung, über regionale Anliegen wie Fluglärm bis hin zu Dauerbrennern wie Bildung Gesundheit und Pensionen.

Eine Reihe von Rechnungshofberichten behandelte folgende Themen und wurden vom Nationalrat zur Kenntnis genommen:

- Durchschnittseinkommen und Pensionen von Unternehmen im Bereich öffentliche Wirtschaft  
hier wurde vor allem deutlich, dass die Gehaltsschere zwischen Männer und Frauen nach wie vor weiter aufgeht. Neu eingegangene Arbeitsverträge unterliegen allerdings einer strengeren Gleichheitspflicht und wurden in diesen Bericht noch nicht eingearbeitet.
- Der Tätigkeitsbericht des RH für 2015
- ÖBB Pensionsrecht, ORF-Landesstudios Finanzgebahrung
- Internes Kontrollsystem bei Direktvergaben einzelner Ressorts
- EU-Finanzbericht, Teilbericht Schulversuche
- Beschaffungsvorgänge in einzelnen Ressorts

Aus dem Budgetausschuss wurde die **Auflösung von Rücklagen der Münze Österreich AG** beschlossen, die **dem Budget eine einmalige Einnahme von 436 Mio. Euro** verschaffen.

Ein weiterer Antrag soll verhindern, dass der "Sanierungsgewinn", den der Gläubigerschnitt bei der Hypo-Abwicklung entstehen lässt, wegen nicht ausreichend dotierter Verlustvorträge zu einer Körperschaftsbesteuerung führt, wie sie in einem Insolvenzfall per Gesetz ausgeschlossen wäre.

Von den Oppositionsparteien wurden eine Kurzdebatte (Team Stronach) zum Thema „Auswirkungen der Flüchtlingskrise: Illegal aufhältige Personen“ und ein Fristsetzungsantrag betreffend die „Offenlegung des Bank Austria-Pensionsdeals“ eingebracht.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft GPA-djp, Wolfgang Katzian betonte im Zusammenhang mit dem Fristsetzungsantrag, dass nur aufgrund der Verhandlungen der Gewerkschaft mit großer Wahrscheinlichkeit 3.000 Arbeitsplätze bei der Bank Austria gesichert werden konnten, die durch eine Zerschlagung der Bank verloren gegangen wären.

Der Fristsetzungsantrag fand keine Mehrheit im Nationalrat.

